

Unser Heimweg - oder Wie in Petershausen Bürgernähe praktiziert wird

Im Januar 2009 bekam die Verwaltung einen Antrag der Anwohner des Heimweges mit der Bitte, den Wertstoffhof zu verlegen. Die Belastung durch die Lkws und Gefährdung durch zu schnell fahrende Autos, so die Begründung, sei nicht mehr tolerierbar. Die Verwaltung machte nichts, der Antrag wurde dem Gemeinderat nicht vorgelegt.

In der SPD-Fraktion sprachen wir darauf hin mit den Anwohnern und diskutierten Lösungsvorschläge. Die reichen von Änderung der Beschilderung über Bodenwellen bis zu Straßenmarkierungen. Wir stellten daraufhin einen eigenen Antrag, um die Angelegenheit voranzubringen. Nun musste die Verwaltung wenigstens den behandeln. Klar wurde dabei, die Verlegung des Wertstoffhofes ist nicht möglich.

Der Rat einigte sich darauf, die Beschilderung zu ändern (von "Zone 30" auf "30 km/h Geschwindigkeitsbeschränkung") und den Verkehr zu messen. Die Ergebnisse dieser Zählung wurde dem Bauausschuss im Juli vorgelegt. Dabei zog die Verwaltung einen interessanten Vergleich mit dem Westring.

Am Heimweg fahren in einem Zeitraum von 14 Tagen ca. 3500 Fahrzeug und am Westring im gleichen Zeitraum ca. 7000 Fahrzeuge. Übersehen wurde dabei, dass der Wertstoffhof an 5 Tagen nur wenige Stunden geöffnet ist, der Westring bekanntlich 24 Stunden an 7 Tagen. Übersehen wurde, dass die beiden Straßen von ganz unterschiedlicher Qualität und Breite sind. Und übersehen wurde auch ein besonderes Detail: die Durchschnittsgeschwindigkeit, die am Heimweg gemessen wurde, liegt über den erlaubten 30 km/h, der Spitzenwert sogar über 70 km/h. Auch kein Anlass für Bürgermeister und Verwaltung, etwas zu tun.

Stattdessen wurden alle Vorschläge von uns und den Anwohnern von der Verwaltung gemeinsam mit der Polizei für entweder als nicht zulässig, wenig praktikabel oder als ein Präzedenzfall für Andere abgelehnt. Dabei wurden zu den Ortsbesichtigungen mit der Polizei weder Anwohner noch Gemeinderäte eingeladen. Bürgernähe heißt hier wohl, den Bürgern nicht zu nahe kommen.

**Eduard Meßthaler
Gabriel Fehrenbach**

Strafzettel? Rund um den Park&Ride-Platz vielleicht bald an der Tagesordnung

Die Zahl der Falsch- und "Wildparker" in Petershausen nimmt ständig zu. Auf dem Park-and-Ride-Platz werden Durchfahrten zugestellt, öffentliches Grün besetzt und ruiniert. Die nördliche Zufahrtsstraße wird als Parkstraße missbraucht und verliert damit ihre Eigenschaft als Umgehungsstraße.

Zudem parken Pendler vermehrt auch in Wohnstraßen. Besonders „beliebt“ scheint hier die Mitterfeldstraße zu sein.

Die Gemeinde Petershausen kann es nicht dulden, dass der Ort allmählich von einer Blechlawine zugeschüttet wird. Die SPD-Fraktion fordert daher, dass die kommunale Verkehrs-

überwachung in Petershausen in Zukunft auch auf den ruhenden Verkehr angewandt wird. Bußgeldbewehrte



Wildes Parken am Bahnhof - Abhilfe ist unverzichtbar

Gegenmaßnahmen können aber nur ein Anfang sein. Mittelfristig sollte durch die Errichtung eines Parkdecks auf dem Park-and-Ride-Platz und/oder den Bau eines Parkhauses Abhilfe geschaffen werden.

Wolfgang Stadler

Die Landkreis SPD

SPD-Unterbezirksparteitag sagt „Nein“ zur 3. Startbahn

Über 70 Prozent der Delegierten des SPD-Unterbezirksparteitags haben sich klar gegen den Bau einer dritten Start- und Landebahn am Flughafen München ausgesprochen. Der SPD-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Martin Güll hatte eine Klärung dieser Frage in seiner ersten Amtsperiode versprochen. „Ich bin sehr froh, um nicht zu sagen glücklich über diese Entscheidung. Die SPD im Landkreis kann wieder klare Standpunkte formulieren.“

„3. Startbahn: Notwendig oder entbehrlich“ war das Thema des SPD-Parteitags in Schwabhausen. Die Delegierten wollten endlich – nach Jahren der Zurückhaltung in diesem Thema – eine gemeinsame Sprachregelung herbeiführen. Gastredner Peter Warlimont, Kreisvorsitzender der SPD-Freising, legte mit überzeugenden Argumenten und dem Appell, die sozialdemokratischen Themen wie soziales, ökologisches, ökonomisches und nachhaltiges Handeln stets im Visier zu haben, ein klares Veto gegen den Bau der umstrittenen Start- und Landebahn ein. „Allein die Frage der Finanzierung ist mehr als riskant. Wir sind für einen verantwortungsvollen Umgang von Steuergeldern. Wie der Transrapid steht die 3. Startbahn für Größenwahn und Gigantomanie“, so Warlimont.

Mit kraftvollen Worten wies Martin Güll anschließend noch auf den Landesparteitagsbeschluss der BayernSPD vom Juli 2009 hin, der ebenfalls nach hitzigen Debatten zu dem Ergebnis führte, der 3. Startbahn eine klare Absage zu erteilen. „Die Punkte Heimat zu bewahren, Lohndumping zu bekämpfen, finanzielle Ressourcen sinnvoll zu nutzen und verkehrstechnische Fehlinvestitionen zu verhindern sind auch für die Untergliederungen deutliche Argumente für eine deutliche Ablehnung“, Der schon lange erklärte Startbahngegner und stellvertretende Bürgermeister in Petershausen, Wolfgang Stadler, unterstützte ihn mit den Worten: "Wir müssen gegenüber den Wählerinnen und Wählern klar Position beziehen!"

Termine

- **23.1.2011 um 16 Uhr**
Sonntags um 4
Petershausener Geschäfterolette -
Wie können wir in Petershausen
attraktiver einkaufen?
Ort: Café Landleben
- **26.3.2010 um 20 Uhr**
SPD Kabarett
Ort: Stadl im Wirtshaus zu Asbach
- **2.2.2011 um 19.30 Uhr**
Stammtisch der SPD beim
Schmiedwirt - Besucher willkommen
- **30.4.2011 ab 21 Uhr**
Tanz im Stadl
Ü30-Party in der Nacht zum 1. Mai
Ort: Stadl im Wirtshaus zu Asbach

"Schild-(bürger)-Streich" in Bürokratien

In Petershausen wird die Kinderkrippe gebaut. Der Rohbau schreitet zügig voran, das Gebäude hat bereits eine beachtliche Größe erreicht. Doch weit imposanter als das Bauwerk ist das davor aufgestellte Bau-schild. In allen Einzelheiten wird der Bürger darüber informiert, wer alles zum Bau der Kinderkrippe beiträgt. Das reicht von der Bundesregierung über den Bürgermeister bis hin zum Fliesenleger.

Wer aber meint, dass die Gemeinde einfach so ein Schild aufstellen könnte, der irrt gewaltig. Denn bei allen Baumaßnahmen, die aus dem Bundeshaushalt finanziert oder - wie im

Fall der Kinderkrippe - gefördert werden, sind einheitliche Vorgaben anzuwenden. So regelt denn ein umfangreicher Leitfaden die Verwendung jedes einzelnen Quadratzentimeters der Tafel peinlich genau. Denn wo der Bürgermeister oder das Logo der Bundesregierung steht, darf nicht dem Zufall oder der Kreativität eines Verwaltungsangestellten überlassen bleiben. Schließlich könnte dadurch die Außen-darstellung der Bundesregierung leiden, so der Leitfaden. Selbst der Text ist vorgegeben, wobei selbst einem phantasievollen Verwaltungsbeamten auch nicht viel mehr einfal-

len dürfte, als „hier baut die Bundesrepublik Deutschland für Sie eine Kinderkrippe.“ Versteht sich, dass Schrifttyp, Textabstände und Bildgrößen ebenfalls vorgegeben sind. Eine entsprechende Software zum Design eines Bauschildes kann von der Gemeindeverwaltung auch bestellt werden. Wahrscheinlich müssen die Verwaltungsangestellten, die dieses Programm dann anwenden sollen, hierzu eine mehrtägige Fortbildung absolvieren. Unser ehrliches Bedauern gilt hier den Unglücksraben, die sich in unerer Gemeinde damit beschäftigen mussten.

Liebe
Petershausenerinnen,
liebe Petershausener!



"Was macht Ihr da eigentlich in Sachen Mittelschule", wurden wir in den letzten Wochen häufig gefragt. Nicht nur, weil wir ein erstes Mal die Gründung des Mittelschul-Verbandes abgelehnt hatten, sondern danach noch Alternativen geprüft wissen wollten. Von "das nützt sowieso nichts" bis: "das gehört sich nicht, gegen die Regierung anzugehen", reichten die Kommentare.

Mit dem Eid, den jeder Gemeinderat ablegt, verpflichten wir uns auch, "die Rechte der Selbstverwaltung zu wahren". So wichtig ist es, dass alle Bürger mit dem dem Gemeinderat die Möglichkeit haben, all die Dinge selbst zu regeln, die die Gemeinde auch betreffen. Doch in der Praxis ist das oft schwierig.

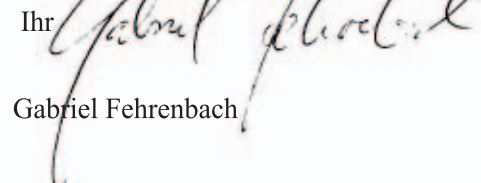
Themen sind komplex, brauchen viel Vorbereitung und Zeit. Doch Entscheidungen müssen oft schnell getroffen werden und manchmal bekommen wir auch gar nicht die richtigen und wichtigen Informationen. Den Gemeinden wird finanziell viel aufgebürdet, was unsere Möglichkeiten zur Gestaltung und Entscheidung stark einschränkt. Manchmal ist es schwierig zu erkennen, wer eigentlich welche und wessen Interessen vertritt.

Und dann gibt es Gesetze, bei denen

die Gemeinden nur scheinbar entscheiden können. In Wirklichkeit müssen sie aber etwas hinnehmen, von dem sie gar nicht wissen, was es bedeutet. Das Gesetz für die Mittelschule ist ein solches. Da sollen wir über die Gründung eines Schulverbandes entscheiden, ohne zu wissen, was das für die Kinder heißt, welche Kosten auf die Gemeinde zukommen. Das ist, als wollten wir ein Hausbau anfangen, ohne einen Plan zu machen und das Geld zu zählen.

Nicht nur deshalb haben wir uns gegen diese Entscheidung ausgesprochen. Wenn etwas angeblich so "alternativlos" ist, müssen wir wissen, welche Varianten davor geprüft wurden. Nur leider konnte der Bürgermeister auch nach mehrfacher Nachfrage dazu nichts sagen.

(Lesen Sie dazu auch den Leserbrief von Eduard Meßthaler auf unserer Homepage www.spd-petershausen.de) Gerade bei Entscheidungen wie der zur Mittelschule haben wir Gemeinderäte die Aufgabe auszuloten, welche Möglichkeiten und Freiräume es gibt. Das bedeutet Dinge ausprobieren, nicht alles ungefragt hinnehmen, ja, auch Fehler machen. Das alles ist wichtig, denn nur so findet Lernen statt.

Ihr

Gabriel Fehrenbach

**Die SPD-Petershausen wünscht allen
ihren Leserinnen und Lesern
geruhsame, besinnliche, friedliche, wundervolle,
großartige, herrliche, grandiose, außergewöhnliche,
beeindruckende, angenehme, faszinierende,
ausgezeichnete, einwandfreie, fabelhafte, schöne,
erholsame, unvergessliche
Weihnachten
und ein
fantastisches Jahr 2011!**